

ATTAC-München

Online-Plenum am Montag, 3.5.2021

Maximal 14 Teilnehmer*innen

Moderation: Ralf

Protokoll: Henning L.

Anwesenheit / Abstimmung, Vorbereitung: Bernhard

Begrüßung: Check In, Neue Leute, Anwesenheit, Schlaglichtrunde

Alfred kann jetzt wieder regelmäßiger teilnehmen.

Hinweis auf das Klima-Urteil des Bundesverfassungsgerichtes und dessen herausragende

Bedeutung: Heutiger wirksamer Klimaschutz ist die Voraussetzung für Freiheit, nämlich für die Freiheitsrechte künftiger Generationen.

TOP 1 Zur Situation von Attac-München und Attac-Deutschland

Wie geht es weiter mit uns als Gruppe?

Input

a) ein Text von Raul als Anhang zur Tagesordnung

b) ein Bericht von Bernhard über die virtuelle Ratssitzung am 24./25.4.21, der über die Diskussionsliste und Aktivenliste gegangen ist

Aus der Diskussion beider Themen:

Vorbereitungsgruppe konnte beim letzten Plenum nicht neu besetzt werden, das spiegelt die aktuellen Probleme in der Gruppe wieder.

Trennendes ist gegenwärtig oft präsenter als das Gemeinsame.

Um den Mantel Attac zu erhalten, braucht es die Bereitschaft dazu.

Leidenschaft mündet wegen Corona in Verdruss, aber Neuanfang in Präsenz im Sommer durchaus denkbar.

Prozess der Schwäche geht schon über längere Zeit. Unterschiedlicher Verbindlichkeitsgrad, aber jetzt fehlt die Zuverlässigkeit für die dauerhafte Erfüllung der Grundaufgaben. Frage der Wichtigkeit von Attac für die Einzelnen.

Streitereien in Attac D führen zur Demotivation. Die vielen unterschiedlichen Sichtweisen sind jedoch positiv.

Verlässlichkeit ist wichtig. Aber die Aufgaben müssen freiwillig erfüllt werden.

Attacbild ist nicht so desaströs, wie es z.T. scheint. Die bundesweiten AGs funktionieren meist gut. Gespaltene Situation.

Grundfarbe in Attac D ist im Moment auf Streit gebürstet. Zwei Fraktionen sind deutlich.

Manche maßen sich an, Denkgrenzen und Grenzen der Zusammenarbeit einseitig bestimmen zu können. Abgrenzung gegen Rechts versus Meinungsfreiheit.

Attac D trennen von Attac M. Sich wieder zuhören in München, Gespräche führen muss wieder wichtig werden. Ein Neuanfang ist dann möglich.

Coronazeiten machen alles schwieriger, aber bald gibts ja wohl wieder persönliche Treffensmöglichkeiten.

Es besteht ein Unterschied in der Außenwirkung und im internen Umgang. Basisdemokratie versus Zentralisierung. Der zum Glück gescheiterte Ratsvorschlag zur Abgrenzung würde die Menschen aus München zur Hälfte ausschließen.

Es ist alles nicht so dramatisch, wie es geschildert wird. Ganz normaler Attac-Prozess. Gefahr besteht, die Jungen zu verlieren. Dramatisierung bringt uns nicht weiter, Deeskalierung tut not. Formaler Hinweis: Chatäußerungen in Videokonferenzen dürfen aus Datenschutzgründen nicht in Kopie verbreitet werden. In anonymisierter Form dürfte dies aber kein Problem sein.

TOP 2 Neubildung der Vorbereitungsgruppe

Es kandidieren Alfred und Bernhard. Weitere Kandidat*innen finden sich nicht. Da es nur darum geht, die Sommerzeit zu überbrücken, wird Übereinstimmung erzielt, dass zwei Personen ausreichen. Im August fällt das Plenum meist ohnehin zugunsten eines zwanglosen Biergartentreffens aus.

Ab September kann sich Micha vorstellen, in der VG mitzumachen, ab Oktober auch wieder Henning L.

Alfred und Bernhard werden ohne Abstimmung einmütig als VG für vier Monate bestätigt.

TOP 3 Die Mitgliedschaft von Attac-München im Bündnis für gerechten Welthandel München (ehem. STOP TTIP, TiSA, CETA)

Uta stellt den Antrag, einen Beitrag von 200 EUR zu leisten.

Attac M ist seit Jahren Mitglied in diesem Bündnis, Uta ist dort unsere Vertreterin. Die Bündnis-Aktivitäten werden durch die Mitglieder finanziert. Rechnungen über Aktivitäten von mindestens 200 EUR (zuletzt online-Veranstaltung zum Lieferkettengesetz) können eingereicht werden.

Beschluss:
Untersützung mit 200 EUR (einstimmig).

TOP 4 Corona Patentfreigabe-Aktionstag, Antrag Micha

entfällt

stattdessen wird der frühere **TOP 9 Mit-Organisation einer Demo am 12.6.21** vorgezogen.

Thema der geplanten Demo: Gegenposition zu Nato und G7. Anlass ist das geplante Nato-Gipfeltreffen in Brüssel und das G7-Gipfeltreffen in England, beide im Juni.

Organisatoren der Demo sind Personen aus dem Anti-Siko-Bündnis. Die Demo wäre aber keine des Anti-Siko-Bündnisses, sondern eines „Stopp G7 / no to Nato - Bündnis“.

Antrag von Micha auf Unterstützung und Mit-Organisation.

Es soll in einem darüber abgestimmt werden, ob

- Attac M diese Demo unterstützt
- der bereits gezahlte diesjährigen Anti-Siko-Beitrages auf dieses Demo-Bündnis übertragen wird
- Micha das Mandat zur Vertretung von Attac im Bündnis erhält.

Beschluss:

Zustimmung 10

Zustimmung mit Vorbehalt -

Enthaltung 2

dagegen -

Veto -

Wer an der Debatte über die Formulierung des Aufrufs beteiligen möchte, soll sich an Micha wenden.

TOP 5 No IAA-Pflanzenkübel-Aktion Finanzantrag

Bernhard beantragt ein Projektvolumen von max. 300 EUR gegen Quittungen für einen Schriftzug „#NO IAA“ in Form von Blumenkübeln (Balkonkästen), die in der Öffentlichkeit gut sichtbar aufgestellt werden sollen und einen blühenden Schriftzug bilden sollen.

Blumenkübel sind vorhanden, Pflanzerde wurde eingefüllt und eingesät, die Pflanzen wachsen nun heran. Sollen Anfang Juli in der Öffentlichkeit ausgestellt werden, auch wenn die IAA ausfallen sollte.

Vielleicht lassen sich auch andere Parolen auf diese Weise realisieren.

Mithilfe notwendig, evtl. könnten sich auch Mitglieder des noIAA-Bündnisses beteiligen.

Beschluss:

Kostentragung bis zu 300 EUR (einstimmig).

TOP 6 Unterstützung eines Appells für ein Abschiebungsmoratorium

Antrag auf Unterstützung von Micha, zugleich Antrag auf einen Unterstützungsbeitrag, der in der Höhe noch definiert werden muss.

Micha stellt den Aufruf vor - Abschiebungen zu verhindern in Länder, in denen keinerlei Corona-Schutzmaßnahmen möglich sind.

Es geht um alle Flüchtlinge, die von Abschiebung bedroht sind.

Evtl. kleine Kostenbeteiligung für eine Anzeige – noch offen.

Gegenrede: Straftäter abzuschicken soll aber auch in Coronazeiten möglich sein. Wichtig für allgemeine Akzeptanz in D.

Dagegen: Straftäter gehören ins Gefängnis, aber nicht in ein Kriegsgebiet. Sippenhaft darf es nicht geben.

Beschluss:

Zustimmung 9

Zustimmung mit Vorbehalt 1

Enthaltung 1

Gegenstimme 1
Veto -

Micha veranlasst das Weitere.

TOP 7 Bericht von den IAA-Aktivitäten

Ralf berichtet

Es wird eine Radldemo geplant, 5. – 6.6.21,
außerdem die Pflanzenkübelaktion (siehe oben TOP 5).

Der Alternativkongress kann nicht in der bisher angedachten Tagungsform (Gasteig)
stattfinden, das würde das Finanzvolumen überschreiten.

Evtl. EWH als Ausweichtagungsort?

Hybrid- oder Präsenzveranstaltung? Klimacamp?

Große Radldemo vorgesehen, aber wenn IAA nicht stattfindet, wohl an einem anderen Ort.

ZU-Bündnis: Plakataktion geplant, noch Mitmacher gesucht.

Am 12.5. Hauptversammlung von BMW: Aktion vor dem BMW-Hauptgebäude, es werden
noch Mitwirkende gesucht (vormittags 9-11 Uhr).

Bernhard, Uta, Ralf erklären sich mit Alfred bereit.

Es wird ein Meinungsbild vorgeschlagen, ob Attac M noch Geld für das Kongressbündnis
nachschießen könnte.

Falls Geld nicht reicht, dann ja, aber in welcher Größenordnung?

Zurückstellen?

Meinungsbild:

Grundsätzliche Zustimmung, aber Entscheidung zurückstellen, bis Klarheit über den evtl.
zusätzlichen Finanzbedarf besteht.

Das Bürgerliche Bündnis plant Verkehrswende-Container am Stachus

TOP 8 Finanzen: Bericht von der Kassenrevision

Die Prüfung fand statt (Raul und Henning L.): Keinerlei Unregelmäßigkeiten, nächste
Revision im Oktober 2021.

TOP 9 Bündnis „Superreiche zur Kasse für die Kosten der Krise“

Es gibt das Angebot, dass sich Attac M an dem Münchner Bündnis „Superreiche zur Kasse
für die Kosten der Krise“ beteiligt. Auf Bundesebene ist Attac bereits dabei.

Alfred stellt den Aufruf vor.

Diskussion:

Titel etwas irreführend, da zu viele Inhalte.

Aber: es ist ein klassisches Bündnispapier, daher die vielen Punkte. Wichtig ist, dass nach der Wahl die Gürtel nicht enger geschnallt werden dürfen. Um dies zu verhindern, ist die Grundforderung des Papiers, Reichtum zu besteuern.

Beschluss:
Einstimmige Zustimmung

Termine:

a) Online-Veranstaltung des AK Freihandelsfälle zu CETA am 20.5.21. Siehe <https://www.einewelthaus.de/events/ceta-und-die-demokratie-warum-beides-nicht-zusammenpasst/>

b) ÖDP online-Veranstaltung mit Gerhard Schick am 11.5.21
„Die Bank gewinnt immer – warum der Finanzmarkt die Gesellschaft vergiftet“.
Siehe <https://oedp-muenchen.de/veranstaltung/oedp-online-vortrag-gerhard-schick-11-05-21/>

c) Radio Lora am 2.6.: ausführliches Gespräch mit Christian Felber (eine Reflexion auch zu Corona, aber auch zu einem dringend nötigen anderen Finanzsystem)

d) Palaver am 31.5. mit Fabian Scheidler über sein neues Buch "Der Stoff, aus dem wir sind"
Palaver am 28.6. mit Dirk Löhr zum Thema Wohnen und Mieten

Sonstiges

Renate schlägt eine Vertiefungsveranstaltung zum letzten Palaver vom 26.4.21
"Commonismus - der neue Kommunismus?" vor. Die Idee ist, im September einen ganzen Samstag zum Thema "Wir brauchen einen Plan" zu machen, mit Einladung u.a. von Raul Zelik, evt. auch Simon Sutterlütli und anderen, als Kooperation von ISW, RLS und Attac.

Nächstes Plenum: Montag, 7.6.21, 19 Uhr

Anhang zur versandten Tagesordnung von Raul:

Einladung und Frage an die Attac-Aktiven

Die Erfahrung des letzten Plenums, in dem die Vorbereitungsgruppe nicht neu gebildet werden konnte, weil sich niemand fand, die/der sich für einige Monate dazu verpflichten wollte, zeigt, dass es unsicher geworden ist, wie lange unsere Regionalgruppe noch funktionieren kann. Damit sind konkret die Tätigkeiten bedroht, die wir immer noch durchführen und solche, die wir im ähnlichen Rahmen noch unternehmen könnten: die monatlichen Plena und Palaver-

Veranstaltungen, die Arbeit gegen die Ratifizierung von CETA, die Beteiligung an einigen Bündnissen zu Fragen wie Frieden, Mobilität, Klima, Demokratie, u. ä.

Das Plenum hat gezeigt, dass das, was seit der Attac-Gründung selbstverständlich war, nämlich dass es Leute gibt, die bereit sind, die konstitutiven Funktionen der Attac-Gruppe langfristig zu übernehmen, jetzt fehlen. Es könnte sein, dass es so ist, weil diese Bereitschaft als eine individuelle Entscheidung empfunden wird, bei der man nicht weiß, ob andere auch eine solche aufbringen. Dann ist sie riskant, man könnte im eigenen Engagement allein bleiben, man könnte die/der einzige sein, die/der die nötige Begeisterung aufbringt.

Attac könnte aber in seinem Bestand und Funktion gesichert werden, wenn eine Gruppe von Aktiven sich dieser Situation stellt und kollektiv sich bereit erklärt, Attac für mehrere Monate zu tragen und die notwendigen Verpflichtungen zu übernehmen. Jede'r ist dann nicht alleine, sondern Teil dieser Attac tragenden Gruppe, sie/er übernimmt Aufgaben, aber das tun alle und wenn sinnvoll, abwechselnd.

Wer wäre dazu bereit?

ANLAGE (beschlossene Texte):

zu TOP 6:

Appell für ein sofortiges Abschiebungsmoratorium aufgrund der Covid-19-Pandemie

Ein schwieriges Jahr liegt hinter uns. Viele Menschen sind am Virus erkrankt oder gestorben. Unser Leben hat sich verändert. Einzelne Branchen der Wirtschaft sind angeschlagen, unsere Schulen und Kindergärten sind immer wieder geschlossen oder im Notbetrieb, Teile des Kulturbetriebes liegen am Boden. Eine „dritte Welle“ hat gerade begonnen. Erneut werden ein totaler Lockdown und Ausgangssperren diskutiert.

Seit Monaten sind wir aufgerufen, uns aktiv am Schutz von Gesundheit und Leben ALLER Menschen in unserer Gesellschaft zu beteiligen. Doch die Pandemie und ihre Folgen treffen nicht alle Menschen gleichermaßen. Soziale Ungleichheiten, die bereits zuvor bestanden, werden durch die Covid-19-Pandemie verschärft. Wir stemmen uns gemeinsam gegen die Ausbreitung des Corona-Virus. Solidarität und Rücksichtnahme sind in diesem Kontext häufig verwendete Begriffe. Immer wieder ruft uns unsere Regierung zu Achtsamkeit, Solidarität und Rücksichtnahme auf und auch dazu, keine unnötigen Reisen anzutreten.

Doch gleichzeitig wird abgeschoben mitten in der Pandemie, in Hochinzidenzländer wie Afghanistan oder den Iran, nach Pakistan, Äthiopien oder in westafrikanische Länder wie beispielsweise Nigeria, Gambia oder Guinea. Auch überlastete europäische Länder wie Griechenland, Rumänien, Bulgarien, Italien oder Spanien sind Zielgebiete. Bei den Betroffenen verstärkt diese Dauerbedrohung einer Abschiebung Depressionen und Hoffnungslosigkeit, führt immer wieder auch zu Suizidversuchen oder Selbstmorden. Die aufnehmenden Länder sind überlastet und wehren sich oft vergeblich gegen die verstärkten Abschiebungen aus Deutschland. Die Welt stöhnt unter der Last der Pandemie, aber Deutschland hört nicht hin und schiebt weiterhin ab.

Der allgemeine gesellschaftliche Fokus auf die Pandemie wird dabei genutzt, um in aller Stille irreversible Fakten zu schaffen. Unter der Einbeziehung von Ressourcen, die immer – aber insbesondere jetzt – anderweitig dringend gebraucht werden könnten. Im Windschatten des Covid-19-Ausnahmestandes werden die Grenzen der Humanität und der Grundgedanken des Asyls ausgehöhlt und damit auch die Prozesse von Integration und Inklusion innerhalb der Gesellschaft unterlaufen. Wir, Menschen aus den unterschiedlichsten Bereichen der Gesellschaft, aus Kirchen und Kultur, Sozialverbänden und Wirtschaft, Flüchtlingsorganisationen und Helfergruppen, politischen Parteien und Gewerkschaften, haben uns daher zusammen getan und fordern ein Abschiebemoratorium wenigstens für die Dauer der Pandemie.

Wir appellieren an die Politiker*innen im Bundestag und in den Landtagen:
Haltet ein und stoppt die Abschiebungen während dieser globalen Krise.

Gebt Geflüchteten eine sichere und menschenwürdige Unterbringung.
Schließt die Massenunterkünfte. Erlaubt ihnen Ausbildung und Arbeit und stellt Euch nicht den Grundsätzen von Gleichbehandlung und Chancengleichheit entgegen!

Nutzt die Zeit eines Moratoriums, um eine bessere und humanitäre Asylpolitik mit fairen Asylverfahren zu konzipieren, welche wirklich allen Schutz bieten, die ihn brauchen, welche Integration mit Bleiberecht verbindet.
Nur so schützen wir die in der UN-Menschenrechtscharta verankerten Prinzipien und die Menschenwürde aller.

Und nur so werden und können wir gemeinsam und solidarisch die Pandemie überwinden und in eine gute, gesunde und vielfältige Zukunft gehen, für uns alle.

München, 3.5.2021

Erstunterzeichnende Einzelpersonen
Thomas Lechner (parteiloser Stadtrat, München)
Stephan Theo Reichel (Matteo – Kirche & Asyl)

Organisationen
Bayerischer Flüchtlingsrat
Matteo – Kirche & Asyl
Münchner Flüchtlingsrat

zu TOP 9:



MEDIENINFORMATION

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Bezirk München &
Region

27.04.2021

Telefon: 089 / 59977-9100

Telefax: 089 / 59977-7777



Bündnis „Superreiche zur Kasse für die Kosten der Krise“

■ Gründungsorganisationen und gemeinsame Forderungen

In München haben sich zahlreiche Organisationen und Parteien zu einem Bündnis „Superreiche zur Kasse für die Kosten der Krise“ zusammengeschlossen. Alle miteinander vereint die Sorge, dass nach der Bundestagswahl die sog. „kleinen Leute“, also Arbeitnehmer, Solo-Selbständige und auf soziale Unterstützung angewiesene Menschen zur Finanzierung der Krisenlasten herangezogen werden. Immerhin geht es um 240 Mrd. € Nettoneuverschuldung allein des Bundes, für die ja irgendwer aufkommen muss.

■ Im Bündnis haben sich Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, Sozialverbände, soziale Einrichtungen, kirchliche Organisationen und Parteien zusammengeschlossen.

Gründungsorganisationen:

- Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)
- Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)
- Arbeiterwohlfahrt (AWO)
- Bayerisches Rotes Kreuz (BRK)
- Paritätischer Wohlfahrtsverband München
- Sozialverband VdK München
- Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB)
- Katholische Betriebsseelsorge
- Katholisches Jugendsozialwerk München e.V.
- Kirchlicher Dienst der Arbeitswelt (kda)
- Verein für Sozialarbeit
- Bellevue di Monaco
- Mieterverein München
- SPD München
- Die Linke München
- Bündnis 90 / Die Grünen München

Weitere Organisationen haben sich an den bisherigen Diskussionen beteiligt. Es stehen aber noch deren formelle Beschlüsse zur Beteiligung an dem Bündnis aus.

Internetadresse:
www.muenchen.verdi.de
E-Mail:
heinrich.birner@verdi.de



Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Bezirk München &
Region

MEDIENINFORMATION

Gemeinsame Forderungsplattform (in Stichpunkten)

- Eine über Jahre gestreckte Abgabe auf die großen Millionen- und die Milliardenvermögen zur Finanzierung der Krisenkosten
- Wiedereinführung der Vermögenssteuer
- Profite der Krisengewinner angemessen besteuern
- Daseinsvorsorge in öffentliche und gemeinnützige Hand
- Demokratische Kontrolle „systemrelevanter“ Bereiche
- Wirtschaft: sozial-gerecht und ökologisch (z.B. schnellerer Ausbau erneuerbarer Energien, 365-Euro-Jahresticket für den ÖPNV, Güterverkehr auf die Schiene)
- Gesundheit darf keine Ware sein:
 - Bedarfsgerechte Finanzierung des Gesundheitswesens:
Weg mit den Fallpauschalen
 - Krankenhäuser gehören in öffentliche oder gemeinnützige Hand
- Ausreichend und gut bezahltes Personal in Krankenhäusern, Kindergärten, Altenheimen, Schulen ...
- Staatliche Hilfen für Unternehmen müssen mit klaren gesellschaftlichen Anforderungen, wie dem Ziel der Beschäftigungssicherung, verbunden werden. Die Gesellschaft muss davon profitieren und nicht die Aktionäre.
- Wir brauchen mehr denn je ein Bildungs- und Betreuungssystem, das niemanden zurücklässt
- Bessere und konjunkturunabhängige Finanzausstattung der Kommunen / Rettungsschirm für Kommunen
- Kulturschaffende und Selbständige absichern